



Protokollauszug

zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 19.02.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

**ÖFFENTLICH**

**TOP 1**

**Satzungsänderung Jugendgemeinderat  
(Vorberatung)**

**Vorl.Nr. 007/25**

---

**Beschlussempfehlung:**

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Jugendgemeinderats und stimmt den Änderungen der Geschäftsordnung (Anlage 1) und der Wahlordnung (Anlage 2) des Jugendgemeinderats zu. Die Änderungen treten mit sofortiger Wirkung in Kraft.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

EBMin **Schmetz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Vorlage ein.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Bildung und Familie berichtet von der Beratung im Jugendgemeinderat.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Die Anpassungen seien nachvollziehbar, sagt Stadtrat **Medinger**. Er freut sich, dass eine junge Gemeinderätin das Gremium bereichert.

Stadträtin **Dr. Traub** lobt das große Engagement des Jugendgemeinderates. Die Wahl der Gemeinderätin werte sie als großen Erfolg und dankt allen Teilnehmenden an der Gemeinderatswahl. Synergieeffekte gebe es durch die Patinnen und Paten aus dem Gemeinderat. Sie fragt, ob das neue Wahlverfahren eine Mehrbelastung für die Stadt sei. Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Akin** dankt für das wertschätzende Feedback. Der Jugendgemeinderat sei eine gute Möglichkeit, um junge Menschen für die Politik und die Stadt zu begeistern und sich einzubringen. Sie freut sich über die Arbeit als Patin. Die Aufwandsentschädigung sei eine wertschätzende Geste.

Stadtrat **Gekeler** stimmt der Vorlage zu. Das Gremium sehe er als Möglichkeit zum Einstieg in die Politik.

Stadträtin **Dötterer** stimmt ebenso zu. Es sei wichtig, dass junge Menschen den Weg in die Politik finden.

Stadträtin **Allerborn** lobt die gute Arbeit des Jugendgemeinderates. Sie weist darauf hin, dass der Begriff Förderschule durch sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) ersetzt werden solle. Zudem will sie wissen, warum berufliche Schulen ausgenommen seien.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die offenen Fragen ein und dankt für den Hinweis von Stadträtin Allerborn hinsichtlich der Förderschulen und sagt die entsprechende Anpassung zu. Durch die Änderung des Wahlverfahrens habe man die Möglichkeit sich weiterzuentwickeln und es biete eine Erleichterung. Weiter geht sie auf die Berufsschulen ein, hier sei ein großer Anteil der Schüler nicht aus Ludwigsburg. Bisher liege die Basis bei Schulen in städtischer Trägerschaft.

Nach dieser Aussprache lässt EBMIn **Schmetz** über die Vorlage abstimmen. Die von Stadträtin Allerborn angesprochene Änderung der Begrifflichkeit werde entsprechend angepasst.

## TOP 2

### **Benutzerumfrage Stadtbibliothek - mündlicher Bericht**

#### **Beratungsverlauf:**

Anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, berichtet ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie. Er bezeichnet die Bibliothek als einen Ort der Begegnung, des Lernens und der Inspiration und als gesellschaftlichen Knotenpunkt.

Das Budget konnte durch eine interne Umschichtung von 3.000 auf 5.000 Euro aufgestockt werden, ergänzt EBMIn **Schmetz**. Die Gebäudekubatur sei sehr verwinkelt, gibt sie zu bedenken. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Medinger** zeigt sich beeindruckt von der hohen Zahl der Nutzer, insbesondere der vielen jungen Menschen und dass sich die Bibliothek trotz Digitalisierung behauptet. Eindrucksvoll finde er die Ernsthaftigkeit der Arbeitsgruppen. Es werde die Kultur des Lesens und der gedruckten Werke gefördert. In diesem Bereich dürfe nicht gespart werden.

Nach dem Umbau 2015 habe sich die Stadtbibliothek zu einem Ort der Kommunikation und Begegnung mit sehr guter Aufenthaltsqualität entwickelt, lobt Stadträtin **Dr. Traub**. Die Umfrage werte sie als großen Erfolg. Sie fragt nach dem Personenkreis der Vormittagsnutzenden. Sofern dies überwiegend Ältere seien, solle die Wahl der Angebote entsprechend zugeschnitten werden. Dass die Nutzende bei der Neuanschaffung von Medien ihre Wünsche äußern können, sei eine gute Form der Bürgerbeteiligung. Sie wünscht einen Vergleich zu den anderen Konzepten, insbesondere BZW und Schlößlesfeld.

Stadtrat **Peifer** zeigt sich ebenso begeistert von dem Ergebnis der Befragung. Er hoffe, dass die Bibliothek nicht nur die Aufwärmstube im Winter sei, sagt er mit Blick auf die vielen jugendlichen Besucher. Er fragt, nach der Anzahl der ausleihbaren Medien und Bücher.

Der Bücherbus in Hoheneck sei ein wichtiges Angebot für den Stadtteil und solle unbedingt erhalten bleiben, sagt Stadtrat **Gekeler**. Er fragt, ab wann das Bibliotheksverwaltungssystem eingesetzt werde und welche Verbesserungen hierdurch erwartet werden sowie was dies koste. Zudem interessiert ihn die Zählung der Besucherzahlen und inwieweit die Besuchende im Foyer mitgerechnet werden.

Stadträtin **Dötterer** spricht ebenso ihren Dank aus. Die Stadtbibliothek sei ein Ort der Begegnung und biete eine tolle Atmosphäre.

Stadträtin **Allerborn** freut sich über einen konsumfreien Treffpunkt und lobt die diversen Veranstaltungen und Angebote. Sie merkt an, dass Zeitungen schnell vergriffen oder aus dem Angebot genommen seien.

Das Publikum am Vormittag bestehe hauptsächlich aus Älteren und Familien, sagt ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie. Die Besuchende der Lesecke werden bei der Nutzerzahl durch zwei Eingangszählungen mitgerechnet. Die genannte Zahl von 339.000 Nutzenden beziehe sich auf die Bibliothek. Mit einem neuen Konzept wolle man mehr Raum schaffen. Die neue Software solle Ende September eingesetzt werden. Diese Anschaffung sei, durch die künftige Reduzierung der Betriebskosten, im Sinne von WIN LB. Weiter geht er auf den Medienbestand mit aktuell 230.000 Printmedien und rund 120.000 in der Onleihe ein. Die Anzahl werde nicht weniger, sondern sehr gut genutzt und deshalb nicht immer verfügbar. Zudem seien die Onlinemedien rechtlich dem Printmedium nicht gleichgestellt. Der Umbau 2015 werte er als Riesenerfolg, man konnte Räumlichkeiten für Gruppen schaffen, ohne dass dadurch der Dienstbetrieb gestört werde.

Der Bürgerbus sei ein wichtiges Instrument und werde so lange betrieben, wie er einsatzfähig sei, sagt EBMIn **Schmetz**. Eine Neuanschaffung sei angesichts der aktuellen Haushaltslage nicht möglich. Infrage könne nur eine externe Finanzierung kommen. Sie dankt dem Team und lobt die gute Arbeit. Nach dieser Aussprache stellt EBMIn Schmetz die Kenntnisnahme des Gremiums fest.

**Beratungsverlauf:**

EBMin **Schmetz** verweist auf den Antrag Nr. 346/23.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport berichtet anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Den Sportvereinen und Schulen stehen 54 verschiedene städtische Liegenschaften zur Verfügung. Die Vereine verfügen in der Regel über feste Trainingszeiten, die mit dem Stadtverband für Sport langfristig abgestimmt seien. Die Vereine buchen ihre Trainingszeiten für das ganze Jahr. Die Nutzung der Hallen sei montags bis freitags von 7.30 bis 17.30 Uhr den Schulen vorbehalten. Die Trainingszeiten der Vereine seien unter der Woche in der Regel von 17.30 bis 22 Uhr, sowie an Wochenenden für Spiele und Wettkämpfe. Regelmäßig werde die Auslastung ausgewertet. Die großen Hallen seien zu 95 Prozent, die kleinen Hallen zu 80 Prozent und das Lehrschwimmbad zu 78 Prozent ausgebucht. Das Tool werde sehr gut angenommen und von den geförderten Sportvereinen akzeptiert. Jeder Verein habe einen Verantwortlichen genannt. Das Ziel sei künftig auch die Abrechnungen hierüber abzubilden, hierzu stehe man auch im kommunalen Austausch. Eine Buchung sei bis 18 Monate im Voraus möglich, kurzfristige Buchungen bis 7 Tage vor der Veranstaltung und Stornierungen bis 5 Tage vor der Veranstaltung. Mit den Vereinen stehe man in einem guten Austausch.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache und erteilt dem Antragsteller das Wort.

Stadtrat **Taskin** geht auf den Antrag ein, den bereits seine Vorgängerin gestellt habe. Er lobt das Programm, welches die Probleme, vor allem für kleine Vereine, löse. Ludwigsburger Vereine sollten in der Stadt ihre Vereinstätigkeit ausüben können. Er fragt, ob noch Kapazitäten frei seien.

EBMin **Schmetz** merkt an, dass man sich zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits im Aufbau befunden habe und für den Testlauf ein Jahr angesetzt worden sei, so die Erklärung zur Verzögerung. Sie betont, dass eine Auslastung von 95 Prozent mit einer Vollbelastung gleichzusetzen sei. Auch wenn es grundsätzlich noch Kapazitäten bei kleinen Räumlichkeiten gebe, seien diese für einige Sportarten nicht geeignet.

Stadträtin **Bilger** lobt die Digitalisierung, welche die Kapazitäten sichtbar mache. Sie fragt, ob es eine Möglichkeit gebe dieses Programm auf die Sportflächen auszuweiten. Bei der Buchung bis zu 18 Monate im Voraus befürchtet sie, dass die Vereine in einem „Windhundrennen“ konkurrieren.

Stadtrat **Peifer** merkt an, dass er mehrfach Leerstände und freie Räumlichkeiten beobachtet habe. Er fragt, ob die Sportplätze ebenso erfasst werden. Zudem interessiert ihn, ob die Mietpreise hinterlegt seien und wieviel diese Software koste.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** weist auf die Schwierigkeit hin, Sportevents weit im Voraus zu buchen. Er fragt, wie mit Konflikten umgegangen werde und welche Unterschiede es zum bisherigen Verfahren gebe. Die Auswertung der Auslastung sei für die politischen Entscheidungen wichtig.

Die Nachfrage nach Trainingsmöglichkeiten sei groß, wenngleich es dennoch vorkomme, dass Hallen zu begehrten Zeiten nicht genutzt werden, beispielsweise weil der Trainer kurzfristig erkrankt sei, merkt der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport an. Die Regelbuchung übernimmt der Stadtverband für Sport einmal jährlich. Hier gebe es kaum Änderungen. Die Wochenenden werden immer neu gebucht. Der Workflow ähnelt dem bisherigen, sei jetzt jedoch digitalisiert und dadurch einfacher. Die Zielkonflikte bestehen nach wie vor, hierzu stehe man im Austausch mit den Vereinen. Die Verwaltung prüft die Buchungen.

EBMin **Schmetz** teilt mit, dass es seit Jahren wachsende Schülerzahlen gebe und der Bedarf auf Hallenkapazitäten der Schulen gegeben sei, wenngleich derzeit der Schulsport aufgrund fehlender Fachkräfte teilweise nicht abgedeckt werden könne.

Die Entgeltordnung sei bisher noch nicht hinterlegt, fügt eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport hinzu. Die möglichen Statistiken werden noch erarbeitet.

Nach dieser Aussprache teilt EBMin **Schmetz** mit, dass der Antrag mit der heutigen Beratung erledigt sei.

---

**TOP 3.1**

**Belegungspläne - Haushaltsantrag der  
LUBU-Stadträtin vom 20.11.2023**

**Vorl.Nr. 346/23**

---

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag ist als erledigt anzusehen. Zum Beratungsverlauf siehe TOP 3.

**Beschlussempfehlung:**

1. Dem Jahresabschluss 2023 wird mit seinen vorgetragenen Inhalten zugestimmt und der bestehende Betrauungsakt wird aufrechterhalten.
2. Der Fachbereich Kunst und Kultur wird ermächtigt, einen Zuwendungsbescheid zur institutionellen Förderung der Ludwigsburger Schlossfestspiele zu erlassen. Die Ermächtigung gilt auch über das Haushaltsjahr 2025 hinaus. Für die Höhe der institutionellen Förderung ist immer der Haushaltplanansatz des laufenden Haushaltjahres maßgeblich.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

EBMin **Schmetz** ruft Tageordnungspunkt 4 auf. Das neue Programm sei noch mit Aspekten der vorherigen Intendanz gespickt, wenngleich die Handschrift des neuen Intendanten zu spüren sei, lobt sie. Die Interimsphase sei von Herrn Kiedaisch (Verwaltungsleitung Schloßfestspiele) intensiv begleitet worden.

Der neue **kaufmännische Leiter** stellt sich dem Gremium vor.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur, der **Intendant** und der **kaufmännische Leiter** der Ludwigsburger Schlossfestspiele gehen auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. Das Programm sei interessant und sehr gelungen.

Die Fraktion um Stadtrat **Prof. Vierling** werde der Vorlage zustimmen. Die Mittel werden für die Finanzierung des aufwendigen Programmes 2025 benötigt. Die künstlerische Handschrift des neuen Intendanten sei erkennbar. Die Fraktion sei froh, dass der neue Intendant gewonnen werden konnte. Das Programm sei vielversprechend. Er dankt Herrn Kiedaisch, der mit großer Souveränität geholfen habe den Übergang erfolgreich zu überwinden. Die Bespielung des Favoriteschlosses, und des Seeschlosses Monrepos sowie der Schlosshof des Residenzschlosses werde begrüßt. Der Wirtschaftsplan 2025 werde für solide gehalten. Das Verhältnis von Programmausgaben und Personal habe sich verbessert. Obwohl der Zuschuss von

Stadt und Land sich nicht erhöht habe, werde ein äußerst attraktives Programm geboten.

Stadtrat **Meyer** dankt und lobt das gute Team. Die Festspiele haben eine hohe Bedeutung, auch international. Ludwigsburg stehe im Wettbewerb mit Stuttgart und Baden-Baden. 2023 konnten Rücklagen aufgebaut werden, wenngleich in etwa 700.000 Euro vom Bund inbegriffen seien, merkt er an. Der neue Intendant habe eine kurze Vorlaufzeit gehabt und musste auf Vorarbeiten zurückgreifen, gibt er zu bedenken. Er freut sich auf das neue Programm und lobt, dass die Zahl der Veranstaltungen angestiegen sei, obwohl sich der Zuschuss nicht erhöht habe. Die Ausrichtung auf jüngeres Publikum unterschiedlichster Schichten sei gut und solle weiter ausgebaut werden. Er freut sich über die Bespielung verschiedener Orte und fragt, ob die kostenfreien Marktplatzkonzerte auch in die Region ausgeweitet werden können. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Peifer** dankt ebenso und schließt sich den Vorrednern an. Die gewählten Locations seien gut, wie auch die vergünstigten Eintrittspreise für die Jugend. Er hat volles Vertrauen und wird der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** lobt das interessante und vielseitige Programm, welches durchaus Interesse wecke. Die Einbeziehung neuer Veranstaltungsorte seien wichtig, auch hinsichtlich der Sanierung des Forums. Man müsse die Orte neu entdecken und neue Formate anregen. Die Bevölkerung und die Politik solle hinter den Festspielen stehen und die Akzeptanz müsse erhalten bleiben. Er sieht die Publikumsnähe, vor allem zu jungem Publikum, als wichtig an. Die Festspiele sollen weiterhin international und national sichtbar sein. Seine Fraktion werde der Vorlage mehrheitlich zustimmen.

Nach dieser Aussprache lässt EBMIn **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

1. Die Zuwendung der Stadtwerke Ludwigsburg/Kornwestheim GmbH i.H.v. 10.000,00 € wird angenommen (lfd. Nr. 50).
2. Die Zuwendung der Kreissparkasse Ludwigsburg, Stiftung Jugendförderung, Arbeit und Soziales i.H.v. 10.000,00 € wird angenommen (lfd. Nr. 11).
3. Die Zuwendung der Wüstenrot Stiftung Gemeinschaft der Freunde Deutscher Eigenheimverein e.V. i.H.v. 10.000,00 € wird angenommen (lfd. Nr. 3).
4. Die Zuwendung des Förderverein Villa Kinderbunt e.V. i.H.v. 10.032,41 € wird angenommen (lfd. Nr. 16).
5. Die Zuwendung der Ruprecht-Stiftung i.H.v. 36.000 € wird angenommen (lfd. Nr. 22).
6. Die Zuwendung der Kreissparkasse Ludwigsburg, Stiftung Jugendförderung, Arbeit und Soziales i.H.v. 50.000,00 € wird angenommen (lfd. Nr. 25).
7. Alle weiteren in der Anlage 1 aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen werden gesammelt angenommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

**Beratungsverlauf:**

EBMin **Schmetz** dankt allen Spendenden. Nachdem seitens des Gremiums auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet sie die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** erinnert an die dringend erforderliche Überarbeitung der Richtlinien.

Im Namen des Gremiums spricht Stadtrat **Prof. von Stackelberg** den Spendenden seinen Dank aus.

Stadtrat **Peifer** zeigt sich verwundert, dass sein Spendenbeitrag an die Jugendfeuerwehr, welchen er Ende 2024 überwiesen habe, nicht aufgeführt sei.

Dieser Betrag werde im nächsten Halbjahr berücksichtigt, antwortet EBMIn **Schmetz**. Sie sagt die Überarbeitung und Vorstellung der Konzeption noch vor der

Sommerpause zu und lässt nach dieser kurzen Aussprache über die Vorlage abstimmen.

Im Anschluss schließt EBMIn **Schmetz** den öffentlichen Teil der Sitzung.